

Wieder haben alle führenden bürgerlichen Verbindlichkeiten, außer Sothe, Freiherr v. Rode und Dr. Seim, offiziell in nachdrücklichster Form verlängert, das Bayern sehr und sehr um Rechte steht und sich durch nichts in dieser Trennung wankend machen lassen wird.

Statt daß bürgerliche Gemeinschaften herabzusagen und keine Staatsmänner zu verunglimpfen, wie es in der sozialdemokratischen Presse geschieht, sollte ganz Deutschland vielmehr den Bayern dafür danken, daß sie eine solche "Gedenkstätte" als Grundlage des allgemeinen deutschen Wiederaufbaus geschaffen haben. Der Ministerpräsident Freiherr v. Rode insbesondere ist ein Mann, der in seinem Wirken zeigt, wie werwoll eine ausgeprägte staatsmännische Verbindlichkeit für das ganze Reich sein kann, auch wenn sie ihr eigentliches Arbeitsfeld nur in einem großen Bundesstaat hat. Heute kann kein einstelliger deutscher Politiker mehr leugnen, daß Bayern im Reiche eine überwiegende Bedeutung gewonnen hat, weil es der Staat in Deutschland geworden ist, wo die Regierung am Wiederaufbau der Ordnung und an der Festigung der Autonomie mit weit mehr Selbstbewußtsein, Energie und Erfahrung arbeitet, als man es sonst im Reiche vorfinden kann, und wo Erinnerung und Sicherheit dank dieses umfassenden und von überwältigender Nachgiebigkeit gegen den Nationalsozialismus treten. Sichtung der Regierung am Scheiterpunkt stand freilich v. Rode bei sich niemals gehebt, der äußersten Unten gegenüber die Dinge sehr leicht Namen zu kennen und ihr den Stumpf bis aufs Messer anzufüllen, sollte sie es noch einmal mögen sollte, an der Grundlage der neugeprägten Ordnung zu rütteln und neues Unheil über das Land heraufzubringen. In dieser zufriedenen Erholungsschicht zur Autodurchsetzung der Entente gegenüber allen radikalen Torenstichen weist sich die Regierung mit dem gefundenen Kern der Bevölkerung eins und ebenso wissen die kommunistischen Elemente genau, daß sie im Ernstfalle keine Gnade zu erwarten haben.

Das große Vaudesieck in München gegen Ende des Vorjahrs hat auch dem verbündeten Kommunisten klar gemacht, daß in Bayern für derartige Umschüsse nichts mehr zu hoffen ist. Das war eine spontane, überwältigende Kundgebung der hingebenden Ordnungsstreue der Einwohnerkreise, die aus kleinsterem Herzen kam, ohne eine Spur von hämischer Blöße. Und als Freiherr v. Rode am Bahnhofe den abreisenden Gebirgsjäger erwartet: "Weißt, wie du feld? So feld du gut!", so antwortete dieser: "Daran fehlt's nicht, Ehren! Wenn das ist, kommt mir 'schon." Die bayerische Einwohnerwehr wird zusammengetrieben durch das alte Gelübde, Stadt, Land und Volk nicht nur einmal einem so furchtbaren Feind, wie es während des kommunistischen Aufstandes über Bayern drohte, preiszugeben, und die Regierung will diesen unverlöslichen Eidungsabsatz nicht einem Nachsteher der Entente opfern. Sie erhält damit nur ihre Helden und mit was sie im Interesse des Vaders und seiner sterblichen Bürger tun kann. Außerdem nunmehr zu der Erneuerungsforderung der Alliierten noch die unerhörten Antrittungen der Partei stotternd einzutreten sind, hat Freiherr v. Rode in voller Übereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten und den Führern der Koalitionsparteien kein ablehnendes Wort in Berlin abgegeben und mit der denkwürdigsten Spannung sieht jetzt die öffentliche Meinung ganz Deutschland der Mittelung des Ergebnisses der weiteren Verhandlung entgegen, die in München nach Entgegnahme des Berichtes über den Verlauf der Berliner Verhandlungen statuisse sind. Wenn die Entente noch ein Rädchen von ruhig abwandernder politischer Vernunft besitzt, so müßte sie aus den bürgerlichen Gedanken erkennt, daß ihre legige Methode unfehlbar zu einem bösen Ende führen muß. Die Dinge spinnen sich immer mehr an einer faustvollen Entwicklung zu, aus der es nur einen einzigen rettenden Ausweg gibt: die dringliche Revision des Friedensvertrags auf der Grundlage der Gerechtigkeit und Billigkeit, die im Verfailler Vertrag selbst ausdrücklich an drei Zielen — Art. 283, 284 und § 11 der Anlage II zum Kapitel der Wiederaufbauordnung — gefordert wird, aber bisher von der Entente schamlos missachtet und mit Füßen getreten worden ist.

Frankreich und die Zurückziehung der amerikanischen Besetzungen.

Eigner Drahtbericht der "Dresden Nachrichten". Washington, 8. Febr. Der amerikanische Regierung sind aus Europa Mitteilungen zugegangen, wonach die Franzosen ziemlich sind, ihnen jetzt einen Teil der amerikanischen Besetzungen am Rhein durch ihre eigenen Truppen zu ersetzen, nachdem sich die Amerikaner entschlossen haben, die Truppenzahl auf 8000 Mann herabzuwegen. Die Franzosen sind der Ansicht, daß dadurch die Sicherheit in der amerikanischen Zone nicht genügend gewährleistet wird. Auf eine sofortige Anfrage des Abgeordneten Barnes hat der Kriegsminister Parker nein geantwortet, daß die amerikanische Regierung sich zu dieser Frage noch nicht äußern könne. Die grundlegenden Auffassungen der amerikanischen Besetzungen sei eine Frage, die in kurzer Zeit entschieden werde. Es habe jedoch zunächst keinen Zweck, mit Frankreich in bezügliche Verhandlungen einzutreten. Eine Berechtigung, einen Teil der amerikanischen Zone mit französischen Truppen zu bestücken, könnte Frankreich aus der realen Rücknahme der amerikanischen Truppen nicht ableiten. Darüber dürfte nur der Oberste Rat entscheiden. Da Amerika in dem Rat nicht vertreten ist, so sei auch wohl nicht zu erwarten, daß die übrigen Verbündeten eine derartige französische Maßnahme unterstützen würden, bevor die demokratischen Beziehungen der amerikanischen Regierung vorliegen könnten.

Rohellen belgischer Polizeioffiziere.

Eigner Drahtbericht der "Dresden Nachrichten". Baden, 8. Febr. Im Gewebe haben sich, wie die Anhelden, der belgische Polizeiminister Lejeune und sein Dienstleiter Emilens in unanständiger Weise an dem Hilfswehrleiter Nikolaus Müller vergangen. Durch die Denunziation eines Polens von Müller bei dem belgischen Polizeiminister in den Verband gesetzten Waffen versteckt zu haben. Am 11. Januar wurde Müller in die Wohnung seines Schwagers, eines belgischen Offiziers unter tödlichen Gewalttätern, Tritzen gegen den Kopf und Schlägen ins Gesicht, verhaftet. Auf die Anklage des Unschuldigen ist ein deutscher Polizeibeamter herbei. Die Offiziere wiesen sich aus, in daß die deutsche Polizei unmöglich war. Am 10. Jan. wurde Müller, der durch die fortwährenden Misshandlungen kaum mehr bei Bewußtsein war, und handicbat, erschossen zu werden, damit die Drangsal ein Ende hätte, in eine Zelle eingesperrt. Daum sprach man ihm noch Augen, wo er von zwei belgischen Offizieren reglos verhört wurde. Da sich seine Unschuld herausstellte, wurde Müller, der sich in drastische Behandlung ließ, begeben möchte, entlassen.

Das englisch-russische Handelsabkommen.

London, 8. Febr. "Morning Post" schreibt zur Note des Ministers an Curzon, in der die russische Zustimmung zum Abschluß des Handelsabkommen unter gewissen Bedingungen ausgedrückt wird: Die politischen Verhandlungen, die Russland wünsche, bedeuten nichts weniger als die Anerkennung der sozialdemokratischen Regierung. Dies sei das Ziel, das Lenin und Trotzki gerade unter dem Vorwande erreichten, ein Handelsabkommen zu erreichen. (B. T. B.)

Eine Lösung der westungarischen Frage?

Bien, 8. Febr. Die westungarische Frage wird vornehmlich dadurch gelöst, daß die Stadt Budapest bei Ungarn verbleibt, wogegen Ungarn weitgehende autonome Verpflichtungen übernimmt.

Der Ausschuh des preußischen Landtags gegen das Diktat. Zur Entlassung Geheimrat v. Priesdorffs.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 8. Febr. Der ständige Ausschuh der preußischen Landesversammlung beschloß für die preußische Landesversammlung folgende Erklärung: "Die unerhörten Forderungen, die dem deutschen Volke von den Alliierten in der Wiederaufbauordnung angehauen worden sind, haben den entrüsteten Willen aller Kreise des Volkes gefunden. Die preußische Volksvertretung spielt sich in vollem Maße dem an. Was mit den Bedenkmöglichkeiten des deutschen Volkes vereinbart ist, mag den übernommenen Verpflichtungen entsprechend für die Wiederherstellung der durch den Krieg verwüsteten Gebiete geleistet werden. Darüber hinaus kann aber keinem Volke zugemutet werden, sich freiwillig in die Sklaverei zu begeben. Diese Entmündigung weist das deutsche Volk von neuem, zumal es damit zugleich seine Kinder und Kindesminder zu einem Sklavenhof verurteilen würde. Die preußischen Volksvertreter erinnern von der Reichsregierung, daß sie ihren abhängenden Standpunkt unterschüttet beibehalte und fordert in dieser ernsthaften Stunde, in der es um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes handelt, alle Kreise des deutschen Volkes auf, in der Weise dieser unverträglichen Forderungen der Entente geschlossen aufzutreten zu verzichten."

Die Beratungen über die deutschen Gegen-vorschläge.

Berlin, 8. Febr. In den jetzt hier beginnenden grundlegenden Beratungen der Sachverständigen zur definitiven Formulierung der deutschen Gegen-Vorschläge werden dieselben Fachleute teilnehmen, die auch an den Befreiungskriegen in Spa und Brüssel teilnahmen, Marburg, von Strauß, Professor Bonn usw.

Amerika und die Reparationsfrage.

Paris, 8. Febr. Nach einer Meldung der "Chicago Tribune" aus Washington glaubt man, daß Präsident Harding nach seinem Amtsantritt die erste Gelegenheit wahrnehmen wird, um den Standpunkt der Vereinigten Staaten in der Reparationsfrage zum Ausdruck zu bringen.

Eine schamlose polnische Zumutung.

Kiel, 8. Febr. Der Kreislehrerverband von Kiel forderte an daß volmische Pädagogikum in Beuthen auf einer Schreiberin, in dem den Lehrern und Lehrerinnen ein breites Kiel angemessen wird, sich in schon dem polnischen Staate zu verpflichten (!), einen fataciosen Prolet gegen die darin enthaltene Verleitung zum Treubruch und wies dieses schamlose Ansehen als eine schwere Beleidigung der deutschen Lehrerheit zurück. (Da.)

Eine deutsche Kundgebung in Oberschlesien.

Oppeln, 8. Febr. Die Abreise des von der Antikommunisten Kommission ausgewiesenen Oberregierungsrates Bleisch, Dezentrat für das Schulwesen bei der Oppelner Regierung, gestaltete sich zu einer großen Kundgebung für das Deutsche. Am Bahnhof hatten sich die gesamten Oppelner Beamten, sowie die Lehrer aller Schulen aus der Stadt und dem Landkreis Oppeln eingefunden. Ein Vertreter der Lehrerschaft richtete an den Schlesischen berühmten Worte des Dankes, indem er ihn als aufrichtigen, gerechten, deutschen Beamten pries, der nur der Gewalt habe weichen müssen. Gleichzeitig gab er im Namen der gesamten Bevölkerung das Versprechen ab, weiterhin für die Erhaltung der Oberschule für Deutschland zu arbeiten. Oberregierungsrat Bleisch dankte und brachte ein Hoch auf Oberschlesien und die Stadt Oppeln aus. Die nach vielen Stunden zählende Menge sang eine Reihe patriotischer Lieder. Der sich unter die Menge mischende französische Stadt kontrolliert von Oppeln hatte angeblich versucht, die Kundgebung zu unterlaufen. (Da.)

Erregung im Danziger Parlament.

Danzig, 8. Febr. Die erregten Auseinandersetzungen, die am letzten Donnerstag zur Sprengung der Biennerversammlung des Danziger Volksrates geführt haben, wurden in der heutigen Vollzügung fortgesetzt. Es handelt sich wieder die Frage zur Eröffnung, ob das vom Danziger Parlament in Benutzung genommene Generalkommando dem Oberkommandeur General Hafing zu überlassen werden und das Danziger Parlament in ein anderes Haus einzuziehen solle. Da es in der letzten Sitzung beinahe zu Täuschungen gegen den Senator Schümmer gekommen war, hatte der Senat erklärt, dass dann wieder Mitglieder der Regierung zu den Vollversammlungen des Parlaments entsenden zu wollen, wenn deren persönliche Sicherheit gewährleistet werde. Die Linke des Hauses protestierte gegen dieses Verhalten der Regierung und forderte durch Anträge das sofortige Erheben von Regierungsvorstellern. Da die Anträge von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt wurden, verließen die Mehrheitssozialisten, die Unabhängigen, die Kommunisten und die Polen demonstrativ den Verhandlungssaal. Das zutreffende Kämpferparlament beschloß sodann die Rückkehr des Generalkommandos, um es dem General Hafing zur Verfügung zu stellen. Kurz vor Schluß der Sitzung wurde Geh. Rat Dr. Holtmann-Berlin zum Senator der Finanzen für die Freie Stadt Danzig von den bürgerlichen Parteien unter Abwesenheit der Linken einstimmig gewählt. (B. T. B.)

Die Kämpfe der Griechen.

Athen, 8. Febr. (Agenzia Stefani.) Nach Meldungen aus Smyrna wird von griechischer Seite in Kleinasien eine neue Offensive mit über 70000 Mann vorbereitet. Die Türken machen große Anstrengungen, um der griechischen Armee Widerstand leisten zu können. Nachrichten aus dem szenitischen Lager aufgrund beobachteter Kämpfe, wenn die griechischen Truppen bei der bevorstehenden Offensive Erfolge erringen sollten, sich ins Innere zurückzuziehen und weiteren Widerstand vorzubereiten. (B. T. B.)

Die griechische Kammer gegen Venizelos.

Athen, 8. Febr. Havaas meldet aus Athen: Die griechische Kammer nahm eine Entschließung an, in der festgestellt wird, daß gegen das Triumvirat Venizelos, Constantios und Tanglis das Todesurteil in contumaciam ausgesprochen werde und daß alle ihre Mitgliedschaften aus dem Parthe verbannt würden.

Die landwirtschaftliche Woche in Berlin.

Die große Landwirtschaftswoche, die alljährlich in der ersten Hälfte Februar stattfindet, wird diesmal infolge der preußischen Landtagswahlen erst am 21. Februar mit der Tagung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft beginnen. Am Anfang davon findet dann auch die erste Tagung des neuerrichteten Reichslandwirtschafts-Kamms statt, der aus dem Zusammenschluß des Bundes der Landwirte und des Deutschen Landbundes hervorgegangen ist. Diese Versammlung, die am 2. März beginnen wird, tritt an Stelle der altherlichen Generalversammlung des Bundes der Landwirte. Der Deutsche Landwirtschafts-Kammat wird diesmal erst im April seine Plenarversammlung abhalten.

Verbandsprotest gegen die Schweiz.

Paris, 8. Febr. Havaas meldet: Der Beschluss der Schweiz, dem internationalen Truppenangebot für Wilson den Durchgang nicht zu gestatten, hat die leitenden Kreise des Soldenbundes empfindlich beeindruckt. Der Soldenbund wird erst am 21. Februar zusammentreten. Es ist daher wahrscheinlich, daß das Generalsekretariat im Namen des Rates Protest erheben wird. (wib)

Berlin, 8. Febr. Geheimrat v. Priesdorff, aufgetreten

als Vertreter der Kirov, bat sich, wie bereits kurz berichtet, gegen die ihm angegangene rein formell begründete Anklage verteidigt, die ohne jede vorherige persönliche Bühnung erfolgt sei. Als innere Gründe für die Anklage werde allgemein die Tatsache angesehen, daß Geheimrat v. Priesdorff nicht nur eine Parteigattung, wie sie insbesondere von dem sozialdemokratischen Verband betrieben wurde, innerhalb der Kaiserreichs gebildet und daß er seinerseits auf das energischste gehörte hat, das von Seiten der Polizeiaktion zu der Streitfrage Stellung genommen wurde. Ein wirtschaftlicher Verband der unteren Polizeibeamten batte die Parole ausgeschlagen, im Falle eines politischen Streites durch den dem Verband angehörenden Polizeibeamten keine Verhaftungen vorzunehmen. Gegen die Urtheile dieser Parole ist nicht das geringste geschehen.

Berurteilung wegen Beleidigung ehemaliger Offiziere.

(Von unserem Sonderberichterstaat.) Jena, 8. Febr. Vor dem Jenaer Schöffengericht stand eine Verhandlung statt in welcher der bekannte Verlagsbuchhändler Eugen Diederichs wegen Beleidigung von 200 ehemaligen Offizieren thüringischer und mitteldeutscher Regiments verklagt wurde. Diederichs hatte in der letzten Märznummer seiner Monatsschrift "Die Tat" behauptet, die betreffenden Offiziere hätten am Anfang des Weltkrieges in Belgien sich in schweren Dienstblößen beteiligt. Die Verhandlung ergab trotz eifriger Bemühens des Verteidigers das Resultat, daß Diederichs zu 300 Mk. Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Außerdem wurde Diederichs aufgefordert, das Urteil auf Kosten der Beleidigten zu veröffentlichen und seinen Artikel in seiner Monatsschrift zu widerrufen.

Eine Klage des preußischen Ministerpräsidenten gegen die „Deutsche Tageszeitung“.

Berlin, 8. Febr. Der preußische Ministerpräsident Braun hat die "Deutsche Tageszeitung" wegen Beleidigung verklagt, weil sie anlässlich der Aufführung des Bandenkommiteekongresses gestrichen hatte, man erkenne aus der Begründung des Aufführungsergebnisses die Stimme des Genossen Otto Braun, des Namens mit der tiefen Tasche, in der die Lanzenmarken der doppelten Aufwendungsabschöpfung knistern.

General Scheuch gegen Scheidemann.

Berlin, 8. Febr. Generalleutnant Scheuch trat in einer Bußschrift an die "D. Allg. Sig." der von Scheidemann in seinem Buche "Der Zusammenbruch" enthaltene Behauptung entgegen, daß in der Sitzung des Reichskabinetts, die in den letzten Tagen des Oktober stattfand und in welcher der Reichskanzler die Abdankungsfrage zur Sprache brachte, auch nicht eine Stimme sich erhoben habe, um das Verbleiben des Kaisers zu fordern. "Ich erwähne nur," schreibt Generalleutnant Scheuch, der damals Kriegsminister war, "daß sowohl der verhorrte Staatssekretär Großer — den noch Lebenden will ich nicht vortreiben — wie auch ich wiederhol und mit grotem Nachdruck gegen die Abdankung aufgetreten sind. Mir liegt aber auch eine Aufzeichnung vor, die ein Teilnehmer an der beim Reichskanzler am 31. Oktober 1918 stattgefundenen Auditsprache angefertigt hat." Diese von Scheuch im Auszuge mitgeteilte Aufzeichnung bestätigt, daß er klar und bestimmt gegen die Abdankung Stellung genommen hat.

Glückliche Abschaffung der Brokathe?

Bremen, 8. Febr. In den Nachmittagsverhandlungen der Bremer Handelskammer mit dem Reichsnährungsminister König G. Scipio-Bremen, einer der Schöpfer der Reichsgetreidekasse, vor, welche allmäßliche Abbau des Zwangsverkaufs der Brokathe schafft, derart, daß zunächst die obersten Schichten der bestimmten Bevölkerung auf Grund des Steuerzettels von dem Rechte auf die Brokathe ausgeschaltet werden. Hierdurch will er dann zur völligen Belebung der Brokathe und zur Aufführung der ganzen Getreidezwangsverkaufsgeschäfte gelangen. Minister Hermes erklärte, der Brokatheänderungsvorschlag Scipios finde höchste Beachtung.

Umbau der wirtschaftlichen Organisationen.

Berlin, 8. Febr. Wie verlautet, sind verschiedene Rahmengesetze in Vorbereitung, die die Organisation der Handelskammern im Reiche regeln, die Gleichmäßigkeit der Organisationen der Landwirtschaftskammern in Aussicht stellen, und ein drittes Rahmengesetz, das die Nachorganisation des Handwerks neu regelt. Bei all diesen Rahmengesetzen werden Voraussetzungen gegeben, durch die die in der Verhältnisse seitgelegte Mithilfe der Arbeitnehmerseite in besonderer Weise gesichert wird.

Der Berliner Oberstadtschulrat beschließt.

Berlin, 8. Febr. Die Wahl des neuen Oberstadtschulrats in Berlin gewählter Lehrer-Panien ist vom Oberpräsidenten bestätigt worden. Die Bestätigung erfolgte auf Grund eines von der Hamburger Schulbehörde für Panien abgegebenen außerordentlich günstigen Urteils.

Die Rohrbewegung der Berliner städtischen Arbeiter.

Berlin, 8. Febr. Zur Rohrbewegung der Berliner städtischen Arbeiter wird berichtet, daß die freigewerkschaftlich organisierten Funktionäre der städtischen Arbeiter gestern eine Versammlung abhielten, um das Magistrat entgegenzutreten. Das Angebot des Magistrats wurde als zu gering bezeichnet. Doch riet die Mehrheit der Arbeiter von einem sofortigen Streik ab, da man für diesen die Sympathie der Bevölkerung braucht und deshalb ein Verhandlungsmittel erfordern müsse. Es wurde beschlossen, zu verlangen, daß der Schlafsaal Groß-Berlin binnen 48 Stunden zusammenrechte und einen Schlafsaal für die Arbeiter und Angehörigen stelle. Alsdann soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Streiks erfolgen, sowie über den eventuellen Eintritt in den Streik entscheiden. Der Schlafsaalausbaus dürfte morgen zusammengetreten und fallen.

Binnenschiffahrt und Eisenbahn.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 8. Febr. Im Berliner Rathaus fand eine Konferenz der Berliner Schiffsinteressenten statt, die sich mit der angekündigten Erhöhung der Frachtarif auf der Eisenbahn beschäftigte. Es wurde lediglich darüber klage geführt, daß die Eisenbahn unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht die ihren Selbstkosten entsprechenden Frachtrate nähme und somit die Binnenschiffahrt in einer Weise unterliege, die zum Ruin dieses Gewerbes führen müsse. Insoweit wurde beschlossen, daß von der Deputation für das Wasserstraßenwesen zum 12. Februar eine Konferenz aller Interessenten der Binnenschiffahrt im Reiche nach Berlin einberufen werde, in der man mit der geplanten Frachtariferhöhung der Eisenbahn beschäftigt wird.

Verbandsprotest gegen die Schweiz.

Paris, 8. Febr. Havaas meldet: Der Beschluss der Schweiz, dem internationalen Truppenangebot für Wilson den Durchgang nicht zu gestatten, hat die leitenden Kreise des Soldenbundes empfindlich beeindruckt. Der Soldenbund wird erst am 21. Februar zusammentreten. Es ist daher wahrscheinlich, daß das Generalsekretariat im Namen des Rates Protest erheben wird. (wib)